Suchen

Name	Bereich	Information	V.-Datum
Vattenfall Europe Mining Aktiengesellschaft Cottbus	Rechnungslegung/ Finanzberichte	Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013	02.07.2014

Vattenfall Europe Mining Aktiengesellschaft

Cottbus

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2013

Bericht über das Geschäftsjahr 2013 vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht

Jahresabschluss der Vattenfall Europe Mining AG zum 31. Dezember 2013

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Kapitalflussrechnung

Entwicklung des Anlagevermögens

Anhang

Lagebericht

Geschäft und organisatorische Struktur

Die Unternehmen des deutschen Teilkonzerns von Vattenfall sind auf verschiedenen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette aktiv. Dazu gehören die Strom- und Wär- meerzeugung aus konventionellen und erneuerbaren Energieträgern sowie die Energieverteilung und der Vertrieb.

Die Vattenfall-Gruppe war bis zum 31.Dezember 2013 in einer länderübergreifenden Struktur organisiert, die sich aus den fünf Business Divisions Production, Distribution & Sales, Sustainable Energy Projects, Asset Optimisation and Trading und Nuclear Power zusammensetzte. Darüber hinaus bestanden länderübergreifende Shared Service Bereiche, die den Staff Functions organisatorisch zugeordnet waren. Durch ein Vollmachtssystem waren die Leiter der Operating Segments, der Business Divisions und der dazugehörigen Business Units sowie der Staff Functions in die Lage versetzt, die geschäftlichen Aktivitäten in der Vattenfall GmbH und in ihren Tochtergesellschaften direkt zu steuern. Die Organe der Vattenfall GmbH und ihrer Tochtergesellschaften überwachten die Einhaltung von Recht und Gesetz und wurden über Informationssysteme über die Verhältnisse ihrer jeweiligen Gesellschaft kontinuierlich informiert.

Seit dem 1. Januar 2014 ist die Matrixorganisation der Vattenfall-Gruppe neu strukturiert. Der Konzern ist nun in zwei regionale Einheiten unterteilt: Business Region Nordic (Skandi-navien) und Business Region Continental/UK (Kontinentaleuropa und Großbritannien). Zentral gesteuert werden Asset Optimisation and Trading sowie Holdingfunktionen des Konzerns (Staff Functions). Zur rechtlichen Umsetzung der neuen Matrixorganisation sind die Vollmachten im notwendigen Umfang anzupassen.

Die Vattenfall Europe Mining AG (VE Mining) führt Tätigkeiten auf den Gebieten der Förderung und Veredlung von Braunkohle aus. Die Braunkohle wird in den fünf Tagebauen des Lausitzer Reviers gefördert und zur Strom- und Wärmeerzeugung in modernen Kraftwerksanlagen, die ihren erzeugten Strom am europäischen Strommarkt veräußern, eingesetzt. Der Energieträger Braunkohle steht damit in internationalem Wettbewerb mit anderen Stromproduzenten. Darüber hinaus wird ein Teil der geförderten Braunkohle in unternehmenseigenen Veredlungsanlagen zu hochwertigen Brennstoffen für den kommunalen Strom- und Wärmemarkt sowie den Hausbrandbereich bzw. die Industrie weiterverarbeitet und in Deutschland und im Ausland verkauft.

Steuerungsgrößen des Konzerns sind das Betriebsergebnis nach den internationalen Bilanzierungsvorschriften IFRS sowie daraus abgeleitete wertorientierte Kennzahlen. Neben dem geforderten Finanzziel auf Konzernebene nach einer Kapitalrendite (ROCE) bestehen auf Business Unit-Ebene finanzielle Leistungskennziffern wie z.B. underlying EBIT, external operating expenses oder Capex.

Forschung und Entwicklung

Rekultivierung

Das Projekt zur Optimierung der Bodenentwicklung von landwirtschaftlichen Nutzflächen wurde gemeinsam mit dem Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften e.V.

Finsterwalde fortgeführt. Durch die Optimierung der Bodenentwicklung sowie die Verhinderung der Bodenerosionen sollen die Erträge verbessert und eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit erzielt werden.

Durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung wurde die Durchführung von Feldversuchen im Rahmen des Forschungsvorhabens „Anwendung von Terra Preta im Pflanzenbau auf ertragsschwachen Standorten der Lausitz als integraler Bestandteil eines innovativen, nachhaltigen Land- und Stoffstrommanagements" an das Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften e.V. Finsterwalde übertragen. Auf einer Rekultivierungsfläche im

Tagebau Welzow-Süd wird die Nachhaltigkeit des Rekultivierungsprozesses untersucht.

VE Mining arbeitet auch beim Projekt „Untersuchungen von Langzeitwirkungen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf Natur und Landschaft im Rahmen eines Forschungsvorhabens", mit dem Forschungsinstitut für Bergbaufolgelandschaften e.V. Finsterwalde zusammen.

Unter Beachtung wissenschaftlicher Anforderungen wurde bereits vor einigen Jahren im Tagebau Welzow-Süd ein künstliches Wassereinzugsgebiet geschaffen, das eine ideale Ausgangssituation für die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Ökosystemgenese darstellt. Das Projekt wird durch die Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) begleitet. Eine weitere Zusammenarbeit mit der BTU erfolgt beim Projekt Weinanbau und der Stabilisierung von Biomasseerträgen in Kurzumtriebsplantagen in der Bergbaufolgelandschaft.

Wasserwirtschaft

Im Mittelpunkt steht die Entwicklung innovativer Reinigungsverfahren für hochmineralisierte und saure Bergbauwässer. Ein wesentliches Ziel ist die mittel- und langfristige Verfügbarkeit großtechnischer Verfahren zur Sulfatreduktion. Projekte zur elektrochemischen Sulfatabreinigung sowie die Erarbeitung von Strategien zur Prävention des Ausfließens saurer Grubenwässer im aktuellen und zukünftigen Braunkohlenbergbau wurden Ende 2012 abgeschlossen. Das Projekt zur Sulfatabreinigung aus gereinigten Grubenwässern durch Nanofiltration soll bis April 2014 abgeschlossen werden. Ziel ist die Planung einer Pilotanlage.

Ein zweiter Bereich der Anwenderforschung beschäftigt sich mit Maßnahmen gegen die Kippenwasserversauerung. Hier beteiligt sich Vattenfall an dem Projekt „Maßnahmen gegen Kippenwasserversauerung in Bergbaufolgelandschaften der Braunkohle", das 2011 vom Freistaat Sachsen initiiert wurde.

Ein dritter Schwerpunkt liegt in der Erarbeitung und Intensivierung von Vermeidungsstrategien gegen Eisenbelastungen von Vorflutsystemen. Vattenfall arbeitet dazu eng mit den Flächenbewirtschaftern, Behörden sowie der BTU zusammen. Aus diesem ersten Projekt sollen gleichfalls strategische Lösungen für alle Tagebaue der VE Mining hergeleitet werden. Erste Arbeitsergebnisse werden im III. Quartal 2014 erwartet. Diese werden die Grundlage für die konkrete Maßnahmenplanung sein.

Geotechnik

Das Auftreten von Verflüssigungsereignissen auf den Innenkippenflächen bereits beendeter und im Verantwortungsbereich der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungs-gesellschaft mbH liegender Tagebaue der Lausitz veranlasste den Bereich Geotechnik der VE Mining das Institut für Bergbau und Spezialtiefbau der TU Bergakademie Freiberg mit Forschungen zum Thema „Untersuchungen zur Bodenverflüssigung und zu Sackungen in flachwelligen Kippenbereichen" zu beauftragen. Neben den Untersuchungen zu den Voraussetzungen und Mechanismen der Bodenverflüssigung in Innenkippenflächen besteht das Hauptziel in der Erarbeitung eines Leitfadens zur Gewährleistung der langfristigen Stand-sicherheit von Kippenflächen. Mit der TU Bergakademie Freiberg ist bis Mitte 2016 ein entsprechender Forschungsvertrag abgeschlossen.

Veredlungssektor

Die Druckaufgeladene Dampfwirbelschichttrocknung (DDWT) wurde um eine Verdampferanlage ergänzt. Die Erzeugung von Heizdampf aus dem Wasser, das in dieser Anlage im Trocknungsprozess der Rohbraunkohle anfällt, wurde getestet. Der erzeugte Dampf wird zur Beheizung der Gebäude und in der Technologie der Rohkohlenaufbereitung eingesetzt.

Weiterhin wurde die Planung für eine Brüdenverdichteranlage zur Nutzung des Brüden-dampfs als Heizdampf im DDWT-Prozess abgeschlossen und ausgeschrieben.

Wirtschaftsbericht

Politisches Umfeld

Der weltweite Energiebedarf wird laut World Energy Outlook (WEO) 2013 der Internationalen Energieagentur (IEA) von 2011 bis 2035 schätzungsweise um ein Drittel steigen. Dies ist eine Folge der Bevölkerungsentwicklung sowie des Wirtschaftswachstums in aufstrebenden Industrienationen wie China, Indien und in den Ländern des nahen Ostens. Die weltweite Energienachfrage wird derzeit jedoch noch überwiegend durch fossile Brennstoffe gedeckt.

Nach Prognosen werden die Erneuerbaren Energien ihren weltweiten Anteil in den kommenden Jahren von heute 18 % bis auf 25 % im Jahr 2035 erhöhen. Ein verbreiteter Einsatz der CCS-Technologie wäre eine Möglichkeit, die CO2-Emissionen im Energiesektor zu minimieren. Die IEA erwartet, dass bis 2035 weltweit nur ca. 1 % der mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke mit CCS-Technologie ausgestattet sein werden. Diese Technologie wurde in Pilotanlagen umfangreich getestet und steht nun für den großtechnischen Einsatz in Demonstrationsanlagen zur Verfügung. Trotz der Förderung im Rahmen des europäischen Konjunkturprogramms (European Economic Programme for Recovery EEPR) sowie der Ausschreibung weiterer Fördermittel der NER300 wurden in Europa bisher keine abschließenden Investitionsentscheidungen für Demonstrationsanlagen getroffen. Der Weltenergierat (World Energy Council WEC) sprach beim 22. Weltenergiekongress das Problem an, bei einem steigenden globalen Energiebedarf, die erforderliche Halbierung der CO2-Emissionen bis zur Jahrhundertmitte zu erreichen und gleichzeitig allen Menschen den bezahlbaren Zugang zur Energie zu ermöglichen.

Auf der 19. „Conference of the Parties of the UNFCCC" (COP), die vom 11. bis 23. November 2013 in Warschau stattfand, konnten sich die Teilnehmer auf einen Fahrplan für ein neues Klimaabkommen, das 2015 auf der Klimakonferenz in Paris verabschiedet und

spätestens im Jahr 2020 wirksam werden soll und auf wesentliche Eckpunkte zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen einigen. Das Hauptziel besteht weiterhin in der Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad.

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, dass Deutschland beim Klimaschutz eine Vorreiter-rolle einnimmt. Der Umbau der deutschen Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz ist heute eines der bestimmenden gesellschaftspolitischen Themen. In der Energiewirtschaft vollzieht sich ein tiefgreifender Strukturwandel.

Nach der Bundestagswahl im September 2013 veränderte sich die politische Landschaft in Deutschland infolge der Bildung einer „Großen Koalition", bestehend aus CDU, CSU und SPD, und dem hierzu verhandelten Koalitionsvertrag. Die große Koalition verfolgt die Ziele, Umwelt und Klima zu schützen, die Bundesrepublik unabhängiger von Energieimporten zu machen und Arbeitsplätze zu sichern. Dies soll mit der sogenannten Energiewende erreicht werden. Deutschland soll sich zu einem der modernsten Energiestandorte der Welt entwickeln. Dabei sollen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit miteinander in Einklang gebracht und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, wird im Koalitionsvertrag auch die Bedeutung des Betriebs von konventionellen und flexibel einsetzbaren Kraftwerken hervorgehoben. Die Koalition strebt eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) an, um verlässliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik zu schaffen. Dabei soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien künftig in einem festgelegten Korridor erfolgen. Weiterhin soll dem Kostenanstieg wirksam begegnet und der Netzausbau beschleunigt werden.

Die Europäische Kommission hat am 18. Dezember 2013 ein Prüfverfahren eingeleitet, in dem u.a. die Teilbefreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen in Deutschland auf Basis des EEG überprüft werden soll. Im Fall einer Negativentscheidung der EU-Kommission beträgt das Risiko einer Nachzahlung für die Jahre 2012 und 2013 insgesamt bis zu 107 Mio. €. Dieses Risiko wurde durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung berücksichtigt.

Maßnahmen zur Vermeidung von Kostenbelastungen und Wettbewerbsnachteilen werden geprüft. Konkrete Maßnahmen sind Investition in eine Direktversorgung der Lausitzer Tagebauanlagen mit Strom aus den benachbarten Braunkohlenkraftwerken.

Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg, die ebenfalls einen Ausbau der erneuerbaren Energien vorsieht, spricht sich für die Erhaltung einer längerfristigen Stromerzeugung aus heimischer Braunkohle als wichtigen Faktor für die Systemintegration der Erneuerbaren Energien aus. Am 24. September 2013 unterzeichneten der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers sowie Vertreter von Vattenfall, Tuomo Hatakka und Dr. Hartmuth Zeiß, eine gemeinsame Vereinbarung zur Umsetzung der Energiestrategie 2030, die Energiepartnerschaft von Brandenburg und Vattenfall. Vattenfall wird demgemäß sein Engagement bei der Steigerung von Effizienz und Flexibilität der Kraftwerke und der Energiespeicherung fortsetzen, um die Braunkohle so klimaschonend wie möglich zu nutzen.

Mit dem Freistaat Sachsen besteht ebenfalls eine sehr enge Zusammenarbeit. Die Landesregierung mit dem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich an der Spitze betont in den regionalen und bundesweiten politischen Auseinandersetzungen immer wieder die Bedeutung der Braunkohle und der damit verbundenen Stromerzeugung als Basis der Stromversorgung für das Industrieland Deutschland und als Brückentechnologie für den Übergang in ein Zeitalter mit einer weiter ausgebauten regenerativen Stromerzeugung. Auch in die konkrete regionale Entwicklung hat sich der Ministerpräsident vermittelnd eingeschaltet.

Die Braunkohlenkraftwerke von Vattenfall gewährleisten im Rahmen der Energiewende die Versorgungssicherheit und Systemstabilität in Ostdeutschland für Industrie, öffentliche und private Dienstleister und die privaten Kunden. Keine ähnlich kostengünstige und regelbare Erzeugungstechnologie ist derzeitig verfügbar.

Wirtschaftliches Umfeld

Das Geschäftsjahr 2013 war, auch wenn die Belastungen durch die Staatsschulden- und Währungskrise im Euroraum fortbestehen, von einer verhaltenen konjunkturellen Aufwärts-bewegung geprägt. Die guten Einkommensperspektiven und die günstigen Finanzierungs-bedingungen machten sich bemerkbar. Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahresdurchschnitt 2013. Dies kam in einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,4 % zum Ausdruck. Die Bruttoanlageinvestitionen sind 2013 gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % gestiegen. Trotz der im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % höheren privaten Kon-sumausgaben und einem um 2,1 % gestiegenen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie einer um 0,1 Prozentpunkte rückläufigen Erwerbslosenquote, schwächte sich die deutsche Konjunktur nach einem anfänglich starken Wachstum in der zweiten Jahreshälfte merklich ab. Zudem stagnierte die Inflation in Deutschland bei rund 1,5 %.

Der am 17. Dezember 2013 veröffentlichte Konjunkturausblick des Ifo-Instituts prognostiziert für das Jahr 2014 eine beschleunigte gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, welche im Wesentlichen von der Binnenwirtschaft getragen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass es zu keiner neuen wirtschaftlichen und sozialen Kriseneskalation im Euroraum kommt.

Der Bruttoinlandsstromverbrauch in Deutschland ist 2013 nach Erhebungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW), die am 12. Dezember 2013 veröffentlicht wurden, gegenüber dem Vorjahr um 1,8 % zurückgegangen. Der BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. schätzt im Vergleich zum Vorjahr, dass die Kernenergie für das gesamte Jahr 2013 nur noch mit 15,4 % statt bisher 15,8 % zur Stromerzeugung beiträgt; der Anteil der heimischen Braunkohle in 2013 von 25,5 % auf 25,8 % steigt und die erneuerbaren Energien mit 23,4 % statt bisher 22,8 % dazu beitragen.

Der für den Kunden Vattenfall Europe Generation AG (VE Generation) gleichfalls bedeutsame Fernwärmesektor war 2013 von einer kalten Winterperiode, die bis Anfang April anhielt, und einem daraus resultierenden erhöhten Absatz geprägt. Bei konkurrierenden Energieträgern, wie Erdgas und leichtes Heizöl, war ein kaum verändertes Preisniveau zu verzeichnen.

Das Preisniveau am deutschen Großhandelsmarkt wird durch ein großes Angebot an subventionierten Strom aus regenerativen Energien z.B. aus Windkraft- und Solaranlagen, die per Gesetz Vorrang in der Einspeisung haben, massiv gesenkt.

Wettbewerbsumfeld

Die schrittweise Stilllegung der Kernkraftwerke und der Ausbau der erneuerbaren Energien verändern den Strommix in Deutschland. Die Zukunft des Energiesektors wird von verschiedenen Technologien, die nebeneinander existieren und sich zunehmend vernetzen,

bestimmt werden. Ausschlaggebend für deren Anteil an der Stromerzeugung sind im Wesent-lichen die Potenziale der Technologien und deren Wirtschaftlichkeit, die Verfügbarkeit von Rohstoffen sowie das Verbraucherverhalten.

Die Braunkohle nimmt hier einen bedeutsamen Platz ein. Sie ist als wichtigster heimischer, nicht subventionierter Energieträger ausreichend vorhanden und trägt so zur Versorgungs-sicherheit und Kostenstabilität bei. Die Anforderungen an die Flexibilität konventioneller Kraftwerke nehmen parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu. Da die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien witterungsabhängig ist, müssen thermische Kraftwerke auch eingesetzt werden, um Überschuss- und Defizitphasen im Stromnetz auszubalancieren. Moderne Braunkohlenkraftwerke bieten flexible Fahrweisen und können Schwankungen im Stromnetz sehr gut auffangen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes und damit zur sicheren Stromversorgung der deutschen Industrie. Das Verhältnis zwischen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und system-relevanten konventionellen Kraftwerken muss dringend modifiziert werden. In diesem Kontext steht eine Reform des EEG an erster Stelle, die regenerative wie konventionelle Stromerzeugung gleichermaßen in Marktmechanismen einbettet und die stabile Versorgung der privaten und industriellen Kunden in den Fokus nimmt. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit befürwortet Vattenfall das Konzept der Strategischen Reserve.

Umweltschutz

Vattenfall verfolgt das strategische Ziel, moderne, effiziente und umweltfreundliche Technologien einzusetzen und dokumentiert damit sein hohes Verantwortungsbewusstsein für den Umweltschutz. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Tätigkeiten von VE Mining ist nur durch einen weitestgehend umweltverträglichen Bergbau zu erreichen. Ein wesentliches Ziel dabei ist, die Beeinträchtigungen im Umfeld der Tagebaue für die Menschen und die Natur auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Im Mittelpunkt steht dabei die Reduzierung der Geräusch- und Staubimmissionen im Umfeld der Tagebaue und Anlagen. Grundlage hierfür bilden die aktuellen TÜV-Gutachten der Jahre 2007 - 2012. Mit dem in 2012 abgeschlossenen TÜV-Gutachten für den Tagebau Reich-walde komplettierte VE Mining seine Untersuchungen und Programme zur Reduzierung von Geräuschimmissionen.

Umfangreiche Gutachten im Rahmen der Braunkohlen- bzw. Rahmenbetriebsplanverfahren für die Tagebauweiterführungen in der Lausitz untermauern die Möglichkeit einer umweltverträglichen Gewinnung des einheimischen Energieträgers Braunkohle.

Dem Besorgnisgrundsatz beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wird durch entsprechende Anlagen- und Sicherungskonzepte Rechnung getragen.

Im Bereich der Abfallwirtschaft werden die Entsorgungssicherheit und die rechtskonforme Durchführung der Entsorgungsleistungen gewährleistet.

Im Zuge der kontinuierlichen Weiterentwicklung und Optimierung des bestehenden Umweltmanagementsystems gemäß der internationalen Norm DIN EN ISO 14001 wurde die Umweltorganisation angepasst und die Elemente der ISO 14001 eingeführt. Für das 1. Halbjahr 2014 ist die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001 vorgesehen.

Mit der Erfüllung aller umweltrelevanten Anforderungen an den Bergbaubetrieb und der Einführung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses innerhalb des Umweltmanagementsystems wird VE Mining ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesellschaft gerecht.

Lage des Unternehmens

Geschäftsverlauf und Ertragslage

In den genehmigten Abbaufeldern der VE Mining lagern insgesamt rund 1 Mrd. t Braunkohle. Mit einer Rohbraunkohlenförderung von rd. 63,6 Millionen Tonnen wurde in 2013 die höchste Jahresmenge seit 1993 erreicht. Der Anstieg ist auf eine hohe Nachfrage der Kraftwerke sowie des Veredlungsbetriebs Schwarze Pumpe zurückzuführen. Die Rohkohleversorgung der Kraftwerke der VE Generation und der Veredlungsanlagen war jederzeit in der erforder-lichen Qualität und Quantität gesichert.

Verlegung „Weißer Schöps"

Für die Weiterführung des Tagebaus Reichwalde ist die Verlegung des Flusses „Weißer Schöps" erforderlich. Im November 2013 konnte das neue Schlauchwehr mit Fischaufstiegsanlage in Kringelsdorf in Betrieb gehen. Ende 2013 wurden die wesentlichen Umbauarbeiten am Altlauf „Weißer Schöps" und am neuen Flussbett beendet.

Ziel ist es, ab dem Frühjahr 2014 mit der Inbetriebnahmephase zu beginnen und bis Ende 2014 die Verlegung des Weißen Schöps abzuschließen. 2015 erfolgen dann die notwendigen Umbauarbeiten im Bereich der stillgelegten Abschnitte.

Hammerstädter Teiche:

Im September 2013 konnte die Übergabe der drei neu angelegten Fischteiche an den Bewirtschafter erfolgen.

Dichtwand Tagebau Welzow-Süd

Zum zuverlässigen Schutz des südwestlich gelegenen Lausitzer Seenlandes vor den Auswirkungen der Grundwasserabsenkung des heranrückenden Tagebaus Welzow-Süd ist die Herstellung einer Dichtwand von rd. 11 km Länge geplant. Das erste Schlitzwandgerät, das seit November 2010 an der Dichtwand arbeitet, hatte Ende Dezember 2013 eine Länge von rd. 1.350 m hergestellt. Im Juni 2012 nahm ein zweites Schlitzwandgerät die Arbeit auf und erreichte bis Ende Dezember 2013 eine Dichtwandlänge von rd. 890 m.

Bauarbeiten zur Rückverlegung des Flusses Malxe - Tagebau Jänschwalde

Auf einer Länge von mehr als 6 km wird das zukünftige Flussbett der Malxe in den nächsten zehn Jahren auf gekipptem Gelände neu gestaltet. Dafür sind 9 Bauabschnitte vorgesehen. Durch gezielte Rütteldruckverdichtung erfolgt die Stabilisierung des Untergrunds für den Flusslauf. Der erste Bauabschnitt der Rütteldruckverdichtung, mit einer Länge von 650 m, wurde bereits im Oktober 2012 planmäßig beendet.

Planfeststellungsverfahren „Herstellung des Cottbuser Ostsees"

Nach der planmäßigen Beendigung der Kohlegewinnung des Tagebaus Cottbus-Nord bis Ende 2015 soll ab 2018 der Cottbuser Ostsee als Tagebausee entstehen. Mit 1900 ha Wasserfläche wird er künftig der größte See im Land Brandenburg sein.

Für die Flutung und spätere Einbindung des Sees in den regionalen Wasserhaushalt bedarf es eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen die erforderlichen Fachgutachten sowie Planungsunterlagen für die zu errichtenden Wasserbauwerke vor. Die Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) soll im ersten Halbjahr 2014 erfolgen. Damit stehen bis zum geplanten Flutungsbeginn im Jahr 2018 rund 4 Jahre für die Erarbeitung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verfügung.

Eigenstromversorgung der Tagebauanlagen mittels Direktleitung

Im Ergebnis der durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) forcierten Kündigung des Netznutzungsvertrags durch die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (Mitnetz Strom) wurde beschlossen, die Tagebauanlagen mittels Direktleitung mit den naheliegenden Kraftwerken zu verbinden. Die Eigenstromversorgung der Tagebaue erfolgt aus gepachteten Kraftwerksscheiben der einzelnen Kraftwerke.

Ertüchtigung der Kohleverbindungsbahn (KVB)

Mit der am 29. November 2012 erfolgten Zulassung des Sonderbetriebsplans zur Ertüchtigung des südlichen Abschnitts der KVB durch das LBGR liegen die genehmigungsrecht-lichen Voraussetzungen auch für den letzten Ertüchtigungsabschnitt der KVB vor. Der Abschluss dieser Baumaßnahme ist für Ende September 2014 geplant. Mit der Ertüchtigung der KVB wird die anteilige Rohkohleversorgung des Kraftwerksstandorts Jänschwalde langfristig gesichert.

Teilumsiedlungen Tagebau Nochten, Abbaugebiet 1

Die Teilumsiedlungen von Trebendorf (Teile von Trebendorf und Mühlrose) und Schleife (Teile von Rohne und Mulkwitz) aus dem Abbaugebiet 1 verliefen entsprechend den abgeschlossenen Grundlagenverträgen und wurden 2013 weitgehend abgeschlossen. Nach Beendigung der noch ausstehenden Umsiedlungsaktivitäten werden die Maßnahmen voraus-sichtlich 2015 vollständig abgeschlossen sein.

Braunkohlenplanverfahren Tagebau Nochten, Abbaugebiet 2

Am 1. Oktober 2013 hat der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien den Satzungsbeschluss zur Weiterführung des Tagebaus Nochten, Abbaugebiet 2, gefasst. Nach Prüfung des Satzungsbeschlusses des Planungsverbands durch das Innenministerium des Freistaates Sachsen wird die Genehmigung des Braunkohlenplans für das Abbaugebiet 2 durch die sächsische Staatsregierung Anfang 2014 erwartet.

Mit der Erarbeitung des entsprechenden Rahmenbetriebsplans wurde 2012 begonnen.

Dessen Genehmigung wird für 2016 erwartet.

Umsiedlungsvorbereitungen Tagebau Nochten, Abbaugebiet 2

Die Umsiedlung der im Abbaugebiet 2 liegenden Ortsteile der Gemeinden Trebendorf und Schleife wird parallel zum laufenden Braunkohlenplanverfahren Nochten, Abbaugebiet 2 vorbereitet. Die Aktivitäten liegen im Plan. Im Jahr 2013 stand die Erarbeitung der Bebauungspläne für die Ansiedlungsgebiete von Schleife südlich der Bahn, Mulkwitz, Rohne und Mühlrose im Fokus. Die Planungen zur Gestaltung der Ortsmitten in den Ansiedlungsgebieten Mulkwitz, Rohne und Mühlrose sind in Bearbeitung. Die Erschließung der Ansiedlungsgebiete wird vorbereitet. Ende 2013 gab es die ersten Gespräche mit den Umsiedlern zu den Quartieren in den Ansiedlungsgebieten. Die Vertragsverhandlungen mit den Gemeinden sind im September erfolgreich abgeschlossen worden. Nach Prüfung der Vertragswerke durch eine Anwaltskanzlei sollen die Grundlagenverträge (Umsiedlungsverträge) beurkundet werden. Diese sollen nach der Genehmigung des Braunkohlenplans unterzeichnet werden.

Braunkohlenplanverfahren Tagebau Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt II

Vom Juni bis zum September 2013 fand das zweite Beteiligungsverfahren im Rahmen des Braunkohlenplanverfahrens Tagebau Welzow-Süd statt, welches von hohem öffentlichem Interesse gekennzeichnet war. So gingen bei der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg über 67.000 Stimmen pro Braunkohle ein. Die öffentliche Anhörung der Einwendungen aus dem Zweiten Beteiligungsverfahren zum Braunkohlenplan und Umweltbericht fand vom 10. bis 16. Dezember 2013 in den Messehallen Cottbus statt.

Die Empfehlung des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg wird für Mai 2014 und der Beschluss des Braunkohlenplans durch die brandenburgische Landesregierung im Juni 2014 erwartet.

Mit der Erarbeitung des entsprechenden Rahmenbetriebsplans ist 2013 begonnen worden. Dazu fanden mit dem LBGR und dem Sächsischen Oberbergamt Gespräche statt. Derzeitig wird von den Bergämtern ein Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Sachsen favorisiert. Die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans wird für 2017/2018 erwartet.

Umsiedlungsvorbereitungen Tagebau Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt II

Die Stadt Welzow und die VE Mining haben sich das Ziel gesetzt, die von Umsiedlung betroffenen Einwohner für eine Wiederansiedlung im Stadtgebiet zu gewinnen. Daher realisiert das Bauunternehmen Mattig & Lindner seit 2013 mit Unterstützung der VE Mining eine altersgerechte Wohnanlage, die voraussichtlich im 2. Quartal 2014 fertig gestellt wird. Ferner wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Welzow und der VE Mining verhandelten Maßnahmeplans 2013 die Planung für zwei Mehrfamilien-Musterhäuser durch die VE Mining beauftragt. Die Umsetzung des Vorhabens wird jedoch erst nach der Rechtsverordnung zum Braunkohlenplan für den Teilabschnitt II und nach Abschluss des Grundlagenvertrags (Umsiedlungsvertrag) beginnen. Über die bisherigen Planungsergebnisse und die weitere Verfahrensweise wurden die Bürger der Stadt Welzow in einer Informationsveranstaltung am 22. November 2013 informiert.

Die Gespräche mit den Vertretern des Bürgerbeirats Wohngebiet V und des Liesker Weges, einer Bürgerinitiative und der VE Mining wurden fortgeführt. Am 25. November 2013 hat die Stadt Welzow ihren Forderungskatalog für die Verhandlungen zum Grundlagenvertrag Welzow an VE Mining übergeben.

Rekultivierung und Gewässerschutz

Bei einer Landinanspruchnahme von 471 ha wurden 337 ha Flächen wiederhergestellt. Damit wurde dem Ziel einer zeitnahen Flächenwiederherstellung nach dem bergbaulichen Eingriff Rechnung getragen.

Im Tagebau Welzow-Süd wurde planmäßig die letzte, 21,4 ha große Landwirtschaftsfläche, die für die Existenzsicherung der regionalen Landwirte ein wesentlicher Baustein ist, in Kultur genommen. Alle künftigen Landwirtschaftsflächen im Teilfeld Welzow befinden sich jetzt in der siebenjährigen Rekultivierungsphase und werden sukzessive an die betroffenen Landwirte übergeben. Um ca. 130 ha Aufforstungsfläche erweitert sich der Mischwaldanteil in der Lausitz mit heimischen Baumarten.

In den Vorfeldern wurden 300 ha beräumt und an den Bereich Bergbau übergeben. Aus dem Restholz wurden Holzhackschnitzel für die Energieerzeugung des Biomasse-Heizkraftwerks Sellessen bereitgestellt.

In der Bergbaufolgelandschaft sind 45 aktive Untersuchungs- und Forschungsflächen eingerichtet. Hauptaugenmerk gilt der wissenschaftlichen Untersuchung zur Nachhaltigkeit und künftigen Ertragskraft der Folgenutzung.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Umsatzerlöse und Erträge	1.120,70	1.116,5	4,2
Operative Aufwendungen	-1.227,50	-1.092,7	-134,8
Finanzergebnis	-38,3	-41,8	3,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-145,1	-18,0	-127,1

Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aufgrund einer Risikorückstellung ein deutlich schlechteres Ergebnis.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der VE Mining beläuft sich auf -145,1 Mio. € (Vorjahr: -18,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse betrugen insgesamt 1.041,7 Mio. € (Vorjahr: 1.018,4 Mio. €). Der Gesamtumsatz entfiel mit 983,1 Mio. € (Vorjahr: 965,3 Mio. €) auf Rohbraunkohle und Kohleprodukte, mit 30,4 Mio. € (Vorjahr: 28,4 Mio. €) auf die Verwahrung von Kraftwerksreststoffen und REA-Gips sowie mit 28,2 Mio. € (Vorjahr: 24,7 Mio. €) auf Nebenprodukte und sonstige Erlöse, unter anderem unwesentliche Erlöse aus Stromlieferungen.

Den betrieblichen Erträgen von insgesamt 1.120,7 Mio. € stehen betriebliche Aufwendungen von 1.227,5 Mio. € gegenüber. Sie beinhalten den Materialaufwand mit 396,4 Mio. € (Vorjahr: 374,0 Mio. €), den Personalaufwand mit 322,0 Mio. € (Vorjahr: 316,2 Mio. €), Abschreibungen mit 176,1 Mio. € (Vorjahr: 178,4 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen mit 333,0 Mio. € (Vorjahr: 224,1 Mio. €).

Die Steigerung der Umsatzerlöse um 23,3 Mio. € auf 1.041,7 Mio. € resultiert hauptsächlich aus dem höheren Absatz von Rohbraunkohle an VE Generation (+15,7 Mio. €) sowie aus dem Absatz von Veredlungsprodukten. Der Anstieg des Absatzes an Rohbraunkohle um rund 1,3 Mio. t ist hauptsächlich auf die hohe Stromnachfrage und die gute Verfügbarkeit der Kraftwerke zurückzuführen. Der Absatz an die sonstigen Abnehmer der Rohbraunkohle lag um 144 kt unter dem Vorjahreswert. Im Veredlungsbereich entwickelte sich der Umsatz für Braunkohlenbrikett positiv. Der Umsatz für Braunkohlenstaub und Wirbelschichtkohle lag hingegen unter dem Vorjahreswert.

Die Steigerung des Materialaufwands um 22,4 Mio. € auf 396,4 Mio. € ist vor allem auf einen Anstieg bei den Netznutzungsentgelten (+11,3 Mio. €), der Aufwendungen für Fremdleistungen (+4,5 Mio. €) und für den Strombezug zum Eigenverbrauch (+2,1 Mio. €) sowie für Ersatz- und Reparaturmaterial (+2,1 Mio. €) zurückzuführen.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 Mio. € erhöht. Dies ist hauptsächlich auf die ab März 2013 gültige Tariferhöhung um 2,6 % zurückzuführen.

In den Abschreibungen sind mit 1,5 Mio. € außerplanmäßige Abschreibungen auf Tagebauflächen enthalten. Die Abschreibungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 333,0 Mio. € (Vorjahr: 224,1 Mio. €) beinhalten mit 107,2 Mio. € Zuführungen zu Rückstellungen für nicht auszuschließende Nachzahlungen im Rahmen eines EU-Beihilfeprüfverfahrens zur Teilbefreiung von der EEG-Umlage und zu bergbaubedingten Rückstellungen in Höhe von 94,8 Mio. € (Vorjahr: 68,8 Mio. €). Weiterhin sind Serviceleistungen in Höhe von 52,2 Mio. € (Vorjahr: 47,1 Mio. €) darin enthalten.

Das negative Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mio. € verbessert. Der positiven Entwicklung des Zinsergebnisses (+6,7 Mio. €) steht ein schlechteres Beteiligungsergebnis (-3,2 Mio. €) entgegen. Beginnend ab Juni 2013 wurde ein Darlehensvertrag über 600 Mio. € mit der VE Generation abgeschlossen. Deshalb reduzierte sich der Cash-Pool-Bestand gegenüber der Vattenfall GmbH. Damit verbunden ist ein Anstieg der Zinserträge um 6,1 Mio. €.

Insgesamt ergab sich für die VE Mining im Geschäftsjahr 2013 ein Verlust von 147,3 Mio. € (Vorjahr: 24,9 Mio. €), der von der Vattenfall GmbH übernommen wurde.

Rohbraunkohle

In den Tagebauen der VE Mining wurden im Geschäftsjahr 63,6 Mio. t Rohbraunkohle gefördert.

Zur Stromerzeugung wurden an die Kraftwerke der VE Generation 58,7 Mio. t Rohkohle abgesetzt; das sind rund 92 % der Rohkohleförderung. Davon entfallen auf die Kraftwerke:

Jänschwalde	27,5	Mio. t (Vorjahr: 26,4 Mio. t)
Boxberg	19,6	Mio. t (Vorjahr: 18,0 Mio. t)
Schwarze Pumpe	11,6	Mio. t (Vorjahr: 12,8 Mio. t)

Der Veredlungsbetrieb Schwarze Pumpe der VE Mining verarbeitete rund 3,6 Mio. t Rohbraunkohle zu Briketts, Braunkohlenstaub und Wirbelschichtkohle. Weitere rund 1,3 Mio. t Rohbraunkohle sind in Heizkraftwerken und sonstigen Anlagen eingesetzt worden.

Braunkohlenbriketts

Der Absatz von Braunkohlenbriketts ist in 2013 gegenüber dem Vorjahr um 4,9 % auf

722,3 kt gestiegen. Hauptursachen für den gestiegenen Absatz sind die langanhaltende Heizperiode 2012/2013 sowie Verkaufsaktionen im Handel und bei den Marktketten.

Braunkohlenstaub

Der Braunkohlenstaubabsatz lag mit 982,0 kt um 3,0 % unter dem Vorjahresniveau. Die Reduzierung des Absatzes resultiert zu großen Teilen aus der verringerten Nachfrage der Kalkindustrie sowie der Asphaltmischanlagen.

Wirbelschichtkohle

Der Absatz von Wirbelschichtkohle an das Heizkraftwerk Cottbus erreichte im Geschäftsjahr 2013 184,8 kt. Der Anstieg um 7,3 % ist auf eine gegenüber dem Vorjahr verbesserte Anlagenverfügbarkeit im Heizkraftwerk Cottbus zurückzuführen.

Nebenprodukte

Bei den Nebenprodukten nimmt der Absatz von Brauch- und Trinkwasser den Hauptanteil ein. Im Geschäftsjahr 2013 verkaufte die VE Mining 4,3 Mio. m³ (Vorjahr: 4,7 Mio. m³) Trinkwasser und 25,9 Mio. m³ (Vorjahr: 26,5 Mio. m³) Brauchwasser. Der leicht gesunkene Absatz von Trink- und Brauchwasser beruht auf einer Minderabnahme kommunaler Abnehmer sowie des Kraftwerks Schwarze Pumpe.

Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aktiva			
Anlagevermögen	1.249,4	1.251,2	-1,8
Vorabraum	86,8	98,1	-11,3
Umlaufvermögen (einschließlich RAP)	1.060,2	895,7	+164,5
	2.396,4	2.245,0	+151,4
Passiva			
Eigenmittel	1.017,5	1.017,6	-0,1
Langfristige Fremdmittel	1.144,7	1.128,8	+15,9
Mittel- und kurzfristige Fremdmittel	234,2	98,6	+135,6
	2.396,4	2.245,0	+151,4

Die Bilanzsumme hat sich zum Ende des Berichtsjahrs gegenüber dem Vorjahr um

151,4 Mio. € erhöht. Das Anlagevermögen besteht aus immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen in Höhe von 1.241,6 Mio. € sowie Finanzanlagen in Höhe von 7,8 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2013 wurden 177,3 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert. Unter Berücksichtigung von Abschreibungen in Höhe von 176,1 Mio. €, Anlagenabgängen bei Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 2,8 Mio. € sowie bei den Finanzanlagen in Höhe von 0,2 Mio. € haben sich die Buchwerte insgesamt um 1,8 Mio. € verringert.

Das Anlagevermögen ist in vollem Umfang durch Eigenmittel und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

Das Umlaufvermögen einschließlich der Rechnungsabgrenzungsposten erhöhte sich um 164,5 Mio. €. Das ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen. Die kurzfristigen Geldmittel verringerten sich aufgrund der Verwendung der Mittel zur Ausgabe eines Darlehens über 600 Mio. € an VE Generation. Die kurzfristigen verzinslichen Geldmittel (Cash-Pooling) bei der Vattenfall GmbH erhöhten sich vor allem aufgrund des vorgenommenen Verlustausgleichs. Das an VE Generation ausgegebene Darlehen wird innerhalb des Umlaufvermögens als Forderung gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Die Veränderungen der langfristigen Fremdmittel sind im Wesentlichen auf die Erhöhung des Bestands an bergbaubedingten Rückstellungen zurückzuführen. Hier wirken insbesondere Maßnahmen zur Erhöhung der Rückstellungen für die Restraumgestaltung sowie Deckelabdichtung und Herrichtung der Depots für Kraftwerksreststoffe.

Die Eigenmittelquote, bestehend aus insgesamt unveränderten Eigenkapital und berücksichtigten Sonderposten für Investitionszuwendungen, beträgt 42 % und liegt damit bei erhöhter Bilanzsumme um 3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert (Vorjahr: 45 %).

Auf der Passivseite stellen die bergbaubedingten Rückstellungen mit 998,2 Mio. € (Vorjahr: 980,7 Mio. €) den bedeutendsten Posten des langfristigen Fremdkapitals dar. Der Anteil des langfristig zur Verfügung stehenden Fremdkapitals beträgt 48 % (Vorjahr: 50 %)

und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozentpunkte gesunken.

Investitionen

In Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände wurden im Geschäftsjahr 2013 insgesamt 177,3 Mio. € investiert. Das Investitionsvolumen liegt annähernd auf dem Niveau des Vorjahrs (163,4 Mio. €). Schwerpunkte bei den Investitionen bildeten u.a. die Maßnahmen für die Errichtung von Entwässerungsanlagen einschließlich der Dichtwände in den

Tagebauen, Maßnahmen zur Tagebauumstellung Reichwalde, Investitionen zum Ersatz des Relaisstellwerks 504, zum Aufbau der Grubenkopfbandanlage im Tagebau Nochten und zum Neuaufbau der Antriebsstation A305 im Tagebau Welzow-Süd. Des Weiteren wurden die Projekte Ertüchtigung Kohleverbindungsbahn und Depot II Jänschwalde fortgeführt. In den Erwerb von Grundstücken für bergbauliche Zwecke wurde investiert, um den planmäßigen Fortgang der Tagebaue zu gewährleisten.

Das gesamte Investitionsvolumen wurde vollständig aus eigenen Mitteln finanziert.

Kapitalflussrechnung (Kurzfassung)	2013	2012	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	185,0	128,4	56,6
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-775,6	240,2	-1.015,8
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	147,3	24,9	122,4
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-443,3	393,5	-836,8
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	200,3	643,6	-443,5

Aufgrund der Integration der Gesellschaft in das konzernweite Cash-Pooling haben sich keine unmittelbaren Auswirkungen der Finanzmarktsituation auf die Finanzierung der Gesellschaft ergeben.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2013 beschäftigte VE Mining 4.662 Mitarbeiter und 348 Auszubildende. Die Belegschaft erhöhte sich gegenüber dem Ende des Vorjahrs um 106 Personen. Der Beschäftigungsanstieg ergibt sich aus 368 Zugängen und 262 Abgängen.

Wesentliche Gründe für den Personalanstieg sind die Anpassung an erhöhte Leistungsanforderungen im Bergbaubereich und die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung der geotechnischen Sicherheit.

Weiterhin hat sich die Anzahl der Auszubildenden um 23 erhöht. Dies ist auf die unterschiedliche Ausbildungsdauer der Berufe zurückzuführen.

Im Jahr 2013 wurden 96 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen. 34 Auslerner wurden in ein befristetes und 34 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Zusätzlich wurden 10 Auslerner aus anderen Konzernbereichen übernommen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 lag der Fokus auf der Umsetzung von bestehenden Betriebsvereinbarungen sowie auf der Anpassung unserer Prozesse an neue gesetzliche Rahmenbedingungen.

Eine weitere Herausforderung ist nach wie vor der Anstieg der Krankenstände, insbesondere der Langzeiterkrankungen. Bis 2016 soll eine Trendwende herbeigeführt werden. Dazu sind konkrete Maßnahmen vorgesehen, wie gesundheitsgerechte Schichtsysteme, Mitarbeiterumfragen zur Arbeit in der Schicht, die systematisierte Erfassung von Alternativarbeitsplätzen für einsatzgeminderte Mitarbeiter, die altersgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen. Der Abschluss von ATZ-Verträgen speziell für einsatzgeminderte Mitarbeiter stellt eine weitere Option dar.

Wie in den vergangenen Jahren wurde auch im Jahr 2013 die konzernweite Mitarbeiterbefragung „My Opinion" durchgeführt. Die Beteiligungsquote bei VE Mining betrug 55 %.

Um zukünftige potenzielle Führungskräfte identifizieren und entwickeln zu können, wurde in 2013 erneut der Management Planning Prozess durchgeführt. Sowohl im BU-internen Führungskräfteentwicklungsprogramm LEAD, das in diesem Jahr das zweite Mal gestartet wurde, als auch im internationalen Programm liegt der Fokus auf der Entwicklung weiblicher Führungskräfte. Der Anteil identifizierter weiblicher Talente im Management Planning ohne derzeitige Führungsposition liegt bei 29 %.

Die Vielzahl verschiedener Aktivitäten, wie regelmäßige Unterweisungen, praktische Übungen, Arbeitsstättenbegehungen, Durchführung der Aktionstage der Arbeitssicherheit, des Gesundheitsschutzes, des Brandschutzes und der Verkehrssicherheit wurden an allen Standorten der VE Mining sowie in der Hauptverwaltung in Cottbus fortgesetzt. Die verstärkte Sensibilisierung der Mitarbeiter spiegelt sich in dem positiven Verlauf des Unfallgeschehens wider. Gab es zu Jahresbeginn durch die anhaltenden winterlichen Bedingungen eine gehäufte Anzahl von Unfällen, so konnte dieser Negativtrend des ersten Quartals im weiteren Verlauf des Kalenderjahrs gestoppt werden. Die als Ziel gesetzte Unfallquote von 2,3 konnte mit einem erreichten Wert von 2,2 unterschritten werden.

Die Anzahl der anzeigepflichtigen Wegeunfälle ist in 2013 leider wieder angestiegen. Dies ist Anlass, die Aktivitäten auf dem Gebiet der Arbeits- und Verkehrssicherheit verstärkt fortzusetzen. Das Konzept der betrieblichen Verkehrssicherheitsarbeit wurde im Jahr 2013 mit Unterstützung externer Partner überarbeitet.

Auch bei beauftragten Fremdfirmen konnte die Anzahl der Betriebsunfälle mit Ausfallzeit gesenkt werden. Die Fortsetzung der videounterstützten Fremdfirmeneinweisung an allen Standorten und die Intensivierung der ergänzenden Sicherheitsüberwachung der Fremdfirmen in der Durchführungsphase der Leistungen vor Ort haben maßgeblich dazu beigetragen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Prognosebericht

Der Vattenfall Konzern ist strategisch ausgerichtet auf die Optimierung von Erträgen und der Wertschöpfung sowie die Verbesserung der CO_2-Bilanz.

Die wirtschaftliche Entwicklung der VE Mining wird auch zukünftig maßgeblich vom Einsatz der Braunkohle zur Stromerzeugung bestimmt. Weitere Einflussfaktoren sind unter anderem die Erlöse aus den Veredlungsprodukten, die Personalkostenentwicklung, die Höhe der Instandhaltungsaufwendungen und die Entwicklung der bergbaubedingten Verpflichtungen. Die an VE Generation zu liefernde Rohbraunkohlenmenge ist von der Marktpreisentwicklung für Strom und CO2-Zertifikate sowie von der Einspeisung regenerativer Energien bzw. dem Netzausbau abhängig.

Für das Geschäftsjahr 2014 sind hohe Ergebnisbelastungen zu erwarten, insbesondere durch Zuführungen zu den Rückstellungen im Zusammenhang mit der Umsiedlung der im Abbaugebiet 2 liegenden Ortsteile der Gemeinden Trebendorf und Schleife sowie aus weiteren bergrechtlichen Verpflichtungen. Die Gesellschaft geht in 2014 von einem Jahresergebnis auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr aus.

Im mittelfristigen Planungszeitraum bis 2018 wird von einer jährlichen Rohkohleförderung von 62 bis ca. 66 Mio. t ausgegangen. Davon werden in den Folgejahren bis zu 60 Mio. t/a an die VE Generation abgesetzt.

Beim Absatz von verpackter Brikettware zeichnet sich ein Trend hin zur 10-kg-Ware ab.

Für das Jahr 2014 sind Investitionen mit einem Gesamtvolumen von rund 240 Mio. € geplant.

Seit 1. Januar 2014 erfolgt die Stromversorgung der Tagebauanlagen durch die VE Mining selbst. Dazu hat sie Kraftwerksscheiben der Kraftwerke der VE Generation gepachtet. Dies führt zu Verschiebungen innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung, hat aber in Summe keinen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis.

Mit der Entscheidung der VE Mining, ihre Tagebauanlagen zukünftig mit den in räumlicher Nähe befindlichen Kraftwerken direkt zu verbinden, wird ein Direktleitungsbau umgesetzt.

Weiterhin sind Investitionen für das Weiterführen der Band-, Gleis- und Entwässerungsanlagen und für den Erwerb der notwendigen Flächen im Tagebauvorfeld sowie Investitionen in die Großgeräteausstattung und Rationalisierungsmaßnahmen erforderlich.

Für die Realisierung des Projekts der Zentralisierung der Schienenfahrzeuginstandhaltung Schwarze Pumpe ist für 2014 ein Investitionsvolumen von 14 Mio. € vorgesehen. Für das Projekt „Zugbandköpfe Abraumförderbrücke Jänschwalde" sind in 2014 Investitionen in Höhe von 6 Mio. € geplant.

Das Gesamtvorhaben „Verlegung Tagesanlagen und bergmännische Anlagen Welzow-Süd" wird in 2014 mit den laufenden Planungsprojekten fortgeführt.

Mit den Weiterführungen der Tagebaue Welzow-Süd, räumlicher Teilabschnitt II, und Nochten, Abbaugebiet 2, wird die Rohkohleversorgung für die Kraftwerksblöcke in Schwarze Pumpe und Boxberg langfristig gesichert.

Das Planverfahren für das Zukunftsfeld Jänschwalde-Nord wird entsprechend des Energiekonzepts 2030 des Landes Brandenburg fortgeführt. Die Rechtsverordnung zum Braunkohlenplan wird in 2016/17 erwartet. Mit der Definition der Anforderungen an den Rahmenbetriebsplan wurde in 2013 begonnen. Die Genehmigung des Rahmenbetriebsplans wird für 2017/2018 erwartet.

Mit der planmäßigen Beendigung der Kohlegewinnung des Tagebaus Cottbus-Nord bis Ende 2015 ist die Einstellung der im bergbaulichen Verantwortungsbereich der VE Mining liegenden Tätigkeit verbunden. Zur Wiedernutzbarmachung der Oberfläche wurde gegenüber dem LBGR ein Abschlussbetriebsplan eingereicht und am 8. Oktober 2012 zugelassen. Bis auf wenige Bereiche der Kippenfläche wird die Tagebaufläche für die spätere Funktion als Gewässer vorbereitet.

Chancen- und Risikobericht

Chancen und Risiken

Für die VE Mining bestehen im Wesentlichen folgende Risiken, die entsprechend ihrer Bedeutung für die Gesellschaft innerhalb der Risikofelder sortiert sind.

Technische Risiken

Im technischen Bereich sind Ausfallrisiken bedeutsam, die den ungeplanten Stillstand der Abraum- und Kohleförderung zur Folge haben. Die Dauer der Betriebsunterbrechung kann wegen des möglichen Umfangs der an einem Störfall beteiligten Komponenten der Förder- und Transportsysteme und des damit verbundenen Reparaturaufwands mehrere Jahre betragen.

Durch regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen, Revisionen und Ertüchtigungsprogramme, beispielsweise für neue Leittechnik, werden die Betriebsfähigkeit und die Sicherheit der Anlagen gewährleistet. Eine gründliche Erkundung des Untergrunds der Tagebaugebiete sowie die Führung von Standsicherheitsnachweisen helfen, Rutschungen der Böschungen durch Instabilität der freigelegten Flächen und damit verbundene Schäden an den Abbauanlagen zu vermeiden.

Zur Verhinderung von Folgeschäden durch Ausfälle in der Energieversorgung der Tagebauanlagen, die durch Blitzeinschlag oder Kurzschlüsse verursacht werden könnten, existieren Überspannungs- und Notstromkonzepte, Wartungsverträge für Umspannanlagen sowie Versorgungs- und Ausfallebenen zur Quereinspeisung.

Risiken infolge möglicher Produktionsunterbrechungen bei der Herstellung von Braunkohlenbriketts und weiteren Veredelungsprodukten wird durch eine optimierte Ersatzteilvorhaltung und die regelmäßige Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen begegnet.

Eine Begrenzung von Schadenskosten der im normalen Betriebsablauf auftretenden technischen Risiken erfolgt durch die Sach-Allgefahren-Versicherung, die die Ergebnisbelastung im Schadensfall auf den Selbstbehalt reduziert.

Umweltrisiken

Die in den Braunkohlenplänen vorgesehenen Maßnahmen zur Renaturierung der Bergbaufolgelandschaften werden durch umfangreiche Planungsarbeiten vorbereitet. Durch intensive Bearbeitung des Bodenuntergrunds, schrittweise Aufforstung des Gebiets und laufende Beobachtung der Entwicklung werden umweltrechtliche Risiken bei der Wiederherstellung der ursprünglichen Landschaft vermieden sowie die Auswirkungen des Bergbaus auf Mensch und Umwelt minimiert.

Rechtliche Risiken und politisches Umfeld

Die Gesetze zur Raumordnung und Landesplanung, das Bundesberggesetz und Fachgesetze bilden die Basis für die Gewinnung der Braunkohle. Die zeitaufwendigen Genehmigungsverfahren streben einen Interessenausgleich zwischen der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit der Braunkohlengewinnung und den Regionen sowie der im Abbaugebiet ansässigen Bevölkerung und der Umwelt an. Dazu sind transparente Genehmigungsverfahren, breite Beteiligungsmöglichkeiten und feiwillige zusätzliche Leistungen der Braunkohlenindustrie unerlässlich.

Für das Lausitzer Braunkohlenrevier ist die Weiterführung der Tagebaue Welzow und Nochten und das Zukunftsfeld Jänschwalde-Nord geplant. Sofern die dazu erforderlichen Genehmigungen nicht oder verzögert erteilt werden, besteht das Risiko der vorzeitigen Schließung von Kraftwerken bzw. der Stilllegung von Kraftwerksstandorten, da eine ausreichende Versorgung mit Braunkohle dann nicht mehr gewährleistet ist.

Das im Herbst 2010 durch die Bundesregierung vorgelegte Energiekonzept und die im Sommer 2011 beschlossenen Gesetze zur Energiewende werden den Wettbewerbsdruck auf die heimische Ressource Braunkohle erhöhen, sofern beispielsweise die teilweise Befreiung von der Umlage nach dem Erneuerbare Energie-Gesetz (EEG) für energieintensive Betriebe abgeschafft wird. Eine vollständige Belastung des Bergbaus mit der EEG-Umlage würde erhebliche Mehrkosten verursachen.

Die im Zuge des Ausbaus der Tagebaue vorzunehmende Umsiedlung von Orten oder Ortsteilen wird durch ein konstruktives, vertrauensvolles Miteinander vorbereitet und sozialverträglich realisiert. Ziel der Verhandlungen und der Vertragsgestaltung ist es, im engen Dialog mit den Anwohnern lokale und kulturelle Identitäten zu bewahren, um auch am neuen

Wohnort eine entsprechende Lebensqualität zu ermöglichen.

Die Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Brandenburg e.V., gegen die wasserrechtliche Erlaubnis für den Tagebau Welzow-Süd wurde abgewiesen. Außerdem wurde der Verlauf der Dichtwand gemäß Erlaubnis des LBGR bestätigt. Der BUND hat die Zulassung zur Berufung beim Oberverwaltungsgericht (OVG) beantragt. Diese Dichtwand dient dem Schutz der Seenkette in Sachsen und des Grundwasserkörpers.

Personalrisiken

Personalrisiken resultieren aus dem Abgang von Leistungsträgern, mangelnder Anpassung ansteigende Anforderungen, z.B. bedingt durch organisatorische Veränderungen, und die Entwicklung der Altersstruktur der Beschäftigten. Auch ein zunehmender Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte zeichnet sich ab.

Die gezielte Einstellung von Nachwuchskräften und die Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts reduzieren diese Risiken. Des Weiteren werden Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen durchgeführt sowie umfangreiche Nachfolgeplanungen erarbeitet. Die Zusammenarbeit mit Hochschulen schafft darüber hinaus gute Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wissenstransfer und für die Präsentation von Vattenfall als überregionaler Arbeitgeber.

Finanzrisiken

Finanzierungsgeschäfte und das Cash-Management der VE Mining werden zentral durch die Vattenfall GmbH gesteuert. Für das an VE Generation ausgegebene Darlehen wurde eine jährliche Zinsanpassung in Anlehnung an die Entwicklung des EURIBOR-Zinssatzes vereinbart.

Chancen

Das bis zum Jahr 2050 geplante Zukunftskonzept umfasst die Erschließung von weiteren Tagebauen, um die Kraftwerksstandorte in der Region langfristig zu erhalten. Diesbezüglich wird die CCS-Technologie weiter erforscht. Es besteht die Absicht, in den 2020er Jahren in Jänschwalde ein neues CCS-Kraftwerk zu bauen und damit den Energiestandort langfristig zu sichern. Dies bedingt jedoch die Entwicklung der Technologie zur kommerziellen Reife.

VE Mining betreibt auch die Planungen für die Gestaltung der Landschaft nach dem Bergbau. Dabei werden der Naturschutz, die Landschaftspflege sowie Freizeit und Erholung als gleichrangig zu den wirtschaftlichen Aspekten angesehen. Ziel ist es, wertvolle Lebensräume und Ökosysteme ebenso wie Seenlandschaften und Felder zur landwirtschaftlichen Nutzung zu schaffen.

Die kontinuierliche Optimierung der Prozesse zeigt sich beispielsweise hinsichtlich des Energiemanagementsystems, indem die Energieeffizienz durch unterschiedliche Maßnahmen kontinuierlich erhöht wird.

Gesamtrisikolage

Für die Gesellschaft ergab sich im Jahr 2013 weder durch Einzelrisiken noch durch die aggregierte Risikoposition eine Bestandsgefährdung. Auch für das Geschäftsjahr 2014 sind keine derartigen Risiken erkennbar.

Bilanz

Aktiva

Mio. €	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA			
Anlagevermögen	(1)		

Immaterielle Vermögensgegenstände		123,7	140,5
Sachanlagen		1.117,9	1.102,7
Finanzanlagen		7,8	8,0
		1.249,4	1.251,2
Vorabraum		86,8	98,1
Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	90,2	93,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	962,7	794,3
Flüssige Mittel		0,2	0,0
		1.053,1	888,0
Rechnungsabgrenzungsposten	(4)	7,1	7,7
		2.396,4	2.245,0

Passiva

Mio. €	Anhang	31.12.2013	31.12.2012
Eigenkapital	(5)		
Gezeichnetes Kapital		138,1	138,1
Kapitalrücklage		2,6	2,6
Gewinnrücklagen		876,8	876,8
		1.017,5	1.017,5
Sonderposten		0,0	0,0
Rückstellungen	(6)	1.282,9	1.148,9
Verbindlichkeiten	(7)	87,6	68,6
Rechnungsabgrenzungsposten	(8)	8,4	10,0
		2.396,4	2.245,0

Gewinn- und Verlustrechnung

Mio. €	Anhang	2013	2012
Umsatzerlöse	(9)	1.041,7	1.018,4
Bestandsveränderungen	(10)	-15,3	22,9
Andere aktivierte Eigenleistungen		20,3	18,0
Sonstige betriebliche Erträge	(11)	74,0	57,2
Materialaufwand	(12)	-396,4	-374,0
Personalaufwand	(13)	-322,0	-316,2
Abschreibungen	(14)	-176,1	-178,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(15)	-333,0	-224,1
Beteiligungsergebnis	(16)	-2,5	0,7
Zinsergebnis	(17)	-35,8	-42,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-145,1	-18,0
Außerordentliches Ergebnis		-	-
Steuern	(18)	-2,2	-6,9
Verlustübernahme		147,3	24,9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-	-

Kapitalflussrechnung

Mio. €	2013	2012
Jahresergebnis (vor Ergebnisabführung)	-147,3	-24,9
Abschreibungen abzüglich Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	176,1	178,4
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	134,0	20,0
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen abzüglich entsprechender Erträge	-0,5	-0,6
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1,7	-1,8
Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	3,9	-26,5
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	17,1	-16,2
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	185,0	128,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen	1,1	4,6
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-176,9	-164,7
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,2	400,3
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-
Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-600,0	-

Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-775,6	240,2
Verlustübernahme durch Anteilseigner	147,3	24,9
Auszahlungen für die Tilgung von (Finanz-) Krediten	-	-
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	147,3	24,9
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-443,3	393,5
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	643,6	250,1
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	200,3	643,6

Entwicklung des Anlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				
Mio. €	1.1.2013	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2013	1.1.2013	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	45,2	3,9	0,9	0,1	49,9	33,0	4,1	-	0,1	37,0
Bergwerkseigentum	352,6	-	-	-	352,6	224,5	17,6	-	-	242,1
Geleistete Anzahlungen	0,2	0,3	-0,2	-	0,3	-	-	-	-	-
	398,0	4,2	0,7	0,1	402,8	257,5	21,7	-	0,1	279,1
Sachanlagen										
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	592,1	13,0	13,8	9,4	609,5	313,9	14,5	0,0	8,1	320,3
Tagebauaufschluss	105,8	-	-	-	105,8	74,3	2,7	-	-	77,0
Technische Anlagen und Maschinen Kraftwerksanlagen	2.258,5	67,7	28,1	52,1	2.302,2	1.570,7	125,4	-	50,9	1.645,2
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	154,5	8,0	4,9	2,2	165,2	108,6	11,8	0,0	2,2	118,2
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	59,3	84,4	-47,5	0,3	95,9	-	-	-	-	-
	3.170,2	173,1	-0,7	64,0	3.278,6	2.067,5	154,4	-	61,2	2.160,7
Finanzanlagen										
Anteile an verbundenen Unternehmen	6,5	-	-	-	6,5	-	-	-	-	-
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen	0,0	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige Ausleihungen	1,5	0,0	-	0,2	1,3	-	-	-	-	-
	8,0	-	-	0,2	7,8	-	-	-	-	-
Anlagevermögen	3.576,2	177,3	0,0	64,3	3.689,2	2.325,0	176,1	-	61,3	2.439,8

	Buchwerte	
Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12,9	12,2
Bergwerkseigentum	110,5	128,1
Geleistete Anzahlungen	0,3	0,2
	123,7	140,5
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	289,2	278,2
Tagebauaufschluss	28,8	31,5
Technische Anlagen und Maschinen Kraftwerksanlagen	657,0	687,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47,0	45,9
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95,9	59,3
	1.117,9	1.102,7
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	6,5	6,5

Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-	-
Beteiligungen	0,0	0,0
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Wertpapiere des Anlagevermögens	-	-
Sonstige Ausleihungen	1,3	1,5
	7,8	8,0
Anlagevermögen	1.249,4	1.251,2

Anhang

Allgemeine Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss der Vattenfall Europe Mining AG (VE Mining) wurde nach den handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des Aktiengesetzes sowie unter Beachtung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt. Alle Werte sind in Millionen Euro ausgewiesen.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Bergbautypische Sachverhalte wie Bergwerkseigentum, Tagebauaufschlüsse, Vorabraum und bergbaubedingte Rückstellungen werden gesondert ausgewiesen. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

VE Mining wird in den Konzernabschluss der Vattenfall AB mit Sitz in Stockholm/Schweden einbezogen. Der Konzernabschluss der Vattenfall AB ist nach den Vorschriften der von der EU-Kommission übernommenen IAS/IFRS aufgestellt und wird in deutscher Sprache im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt. Des Weiteren ist er beim Bolagsverket in Sundsvall erhältlich. Dort ist die Gesellschaft in das Register unter der Nummer 556036-2138 eingetragen.

Nach § 291 HGB ist die VE Mining damit von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts befreit.

Zwischen der Vattenfall GmbH und der VE Mining besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag.

Die VE Mining ist in den körperschaft-, gewerbe- und umsatzsteuerlichen Organkreis der

Vattenfall GmbH einbezogen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und linear entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Von dem Aktivierungswahlrecht für selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wird kein Gebrauch gemacht.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen neben den direkt zurechenbaren Einzelkosten in angemessenem Umfang anteilige Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht einbezogen.

Abschreibungen für Sachanlagen, die vor dem 1. Januar 2008 angeschafft oder hergestellt wurden, werden, soweit steuerlich zulässig, nach der degressiven Methode vorgenommen. Ein Übergang auf die lineare Methode erfolgt, sobald diese zu höheren Abschreibungsbeträgen führt. Für ab dem 1. Januar 2008 angeschaffte oder hergestellte Sachanlagen wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt.

Tagebauaufschlüsse werden linear abgeschrieben.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das Bergwerkseigentum wird linear über zwei Drittel der zum Zeitpunkt des Erwerbs voraussichtlichen restlichen Nutzungsdauer der Tagebaue abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn bei dauerhafter Wertminderung der Ansatz mit einem niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich ist. Sofern die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zu den fortgeführten Anschaffungskosten des Vermögensgegenstands.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, die in den Geschäftsjahren 2013 und 2009 angeschafft wurden, werden als Sammelposten ausgewiesen und linear abgeschrieben. Zugänge in den Geschäftsjahren 2010 bis 2012 wurden im Jahr der Anschaffung vollständig aufwandswirksam erfasst.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert unter Beachtung des Wertaufholungsgebots bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund vorübergehender Wertminderung werden nicht vorgenommen.

Ausleihungen werden mit ihrem Nennwert angesetzt bzw., soweit erforderlich, auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Vorabraum

Die Bewertung des Vorabraums erfolgt zu Herstellungskosten unter Einbezug angemessener Gemeinkosten.

Umlaufvermögen

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- und Herstellungskosten unter Einbeziehung von Gemeinkosten sowie unter Anwendung zulässiger Bewertungsvereinfachungsverfahren und unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Allen erkennbaren Einzelrisiken und dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

PASSIVA

Sonderposten

Als Sonderposten werden steuerfreie Zulagen nach dem Investitionszulagengesetz und erhaltene Investitionszuschüsse ausgewiesen. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt entsprechend dem Abschreibungsverlauf der betreffenden Vermögensgegenstände.

Rückstellungen

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in notwendigem Umfang Rechnung getragen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die unter den sonstigen Rückstellungen erfassten Jubiläumszuwendungen werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Verpflichtungen aus Vorruhestandsregelungen sowie die Schuldposten aus Aufstockungsbeträgen und dem angesammelten Erfüllungsrückstand bei Alterteilzeitverträgen sind mit dem versicherungsmathematischen Barwert angesetzt. Zukünftig erwartete Entgelt- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Prämissen

%	31.12.2013	31.12.2012
Abzinsungsfaktor für langfristige Pensionsverpflichtungen und Personalrückstellungen	4,90	5,06
Abzinsungsfaktor für Verpflichtungen aus Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen	3,65	3,98
Langfristige Gehaltssteigerungsrate	2,50	2,50
Langfristige Rentensteigerungsrate	0,00 bis 2,00	0,00 bis 2,00
Fluktuationsrate	0,00 bis 10,40	0,00 bis 10,40
Inflationsrate	1,75	1,75
Dynamik der Beitragsbemessungsgrenze	2,50	2,50

Bei dem zugrunde gelegten Rechnungszins für die Abzinsung handelt es sich um den von der Deutschen Bundesbank ermittelten und am 31. Oktober 2013 veröffentlichten durchschnitt-lichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren für langfristige Pensions- und Personalrückstellungen und von 3 Jahren für Altersteilzeit- und Vorruhestandsrückstellungen.

Soweit Pensionsverpflichtungen mit einem Aktivwert einer Versicherung rückgedeckt sind, werden diese mit den jeweiligen Rückstellungen saldiert.

Kongruent rückgedeckte Altersversorgungszusagen, deren Höhe sich somit ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, sind mit diesem bewertet, soweit er den garantierten Mindestbetrag (diskontierter Erfüllungsbetrag der Garantieleistung) übersteigt. Der beizulegende Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungs-anspruchs besteht aus dem sogenannten geschäftsplanmäßigen Deckungskapital des Ver-sicherungsnehmers zuzüglich eines etwa vorhandenen Guthabens aus Beitragsrückerstattungen (sogenannte Überschussbeteiligung).

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und sonstigen Rückstellungen wird im Zinsergebnis erfasst.

Die anderen sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 7 Geschäftsjahre zum Stichtag 30. November 2013 abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank regelmäßig veröffentlicht.

Die bergbaubedingten Rückstellungen umfassen insbesondere die Herstellung der Bergbaufolgelandschaft mit den Schwerpunktinhalten Restraumgestaltung und Wiedernutzbarmachung, Verlegung von Objekten, Entschädigungen und Ausgleichsmaßnahmen, Sanierungs- und Entsorgungsverpflichtungen sowie Rückbau technischer Anlagen. Diese Rückstellungen werden zu Erfüllungsbeträgen bzw. Herstellungskosten angesetzt. Bei der jährlich stattfindenden Überprüfung der Fachkonzepte und Erfüllungsbeträge werden neue Erkenntnisse und aktuelle Preisentwicklungen berücksichtigt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Erhaltene Baukostenzuschüsse werden als passive Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über die voraussichtliche Nutzungsdauer der zugehörigen Anlagegüter linear aufgelöst.

Latente Steuern

Die Vattenfall Europe Mining AG ist in den ertragsteuerlichen Organkreis der Vattenfall GmbH einbezogen. Latente Steuern auf temporäre oder quasi-permanente Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund steuerlicher Verlustvorträge werden auf Ebene des Organträgers ermittelt und bei Passivüberhang - nach Saldierung - auch dort bilanziert.

Währungsumrechnung

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden mit dem Kurs zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung bewertet. Am Bilanzstichtag erfolgt für Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten eine Umrechnung mit dem Devisenkassamittelkurs. Das Niederstwertprinzip für Forderun-gen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und das Höchstwertprinzip für Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden im Wertansatz beachtet.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten im Berichtsjahr 2013 ist in der Entwicklung des Anlagevermögens dargestellt.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Vattenfall Europe Mining AG setzt sich am Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Beteiligungs-anteil %	Eigenkapital Mio. €	Ergebnis Mio. €
Verbundene Unternehmen			
GMB GmbH, Senftenberg	100,00	5,6	-*
Transport- und Speditionsgesellschaft Schwarze Pumpe mbH (TSS GmbH), Spremberg	100,00	1,7	-*

* Ergebnisabführungsvertrag

(2) Vorräte

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	83,5	82,6
Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	1,0	0,9
Fertige Erzeugnisse	5,5	10,0
Geleistete Anzahlungen	0,2	0,2
	90,2	93,7

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Mio. €	31.12.2013	davon Restlaufzeit > 1 Jahr	31.12.2012	davon Restlaufzeit > 1 Jahr
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	45,4	0,2	45,8	0,3
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	894,0	600,0	728,2	-
Sonstige Vermögensgegenstände	23,3	5,0	20,3	4,9
	962,7	605,2	794,3	5,2

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen 200,1 Mio. € (Vorjahr:

643,6 Mio. €) verzinsliche kurzfristige Geldanlagen bei der Gesellschafterin Vattenfall GmbH, 600 Mio. € Darlehensforderungen an die Vattenfall Europe Generation AG und 70,8 Mio. €; (Vorjahr: 71,2 Mio. €) Lieferungen und Leistungen sowie 23,1 Mio. € (Vorjahr: 13,4 Mio. €) sonstige Forderungen.

Forderungen gegen die Gesellschafterin Vattenfall GmbH bestehen in Höhe von 216,7 Mio. € (Vorjahr: 656,4 Mio. €).

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden im Wesentlichen Forderungen gegen das Finanzamt ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2013 sind 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €) der Forderungen gegen das Finanzamt rechtlich noch nicht entstanden.

(4) Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten hauptsächlich Vorauszahlungen für Versicherungen, Beiträge für Berufsgenossenschaft und Nutzungsentgelte für eine Grubenwasserreinigungsanlage der Vattenfall Europe Generation AG.

(5) Eigenkapital

Das Grundkapital in Höhe von 138,1 Mio. € ist in 270.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt und wird zu 100 % von der Vattenfall GmbH gehalten. In den Gewinnrücklagen sind unverändert gegenüber dem Vorjahr gesetzliche Rücklagen in Höhe von 10,1 Mio. € enthalten.

(6) Rückstellungen

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	30,7	28,3
Steuerrückstellungen	0,2	0,1
Sonstige Rückstellungen		
- Bergbaubedingte Rückstellungen	998,2	980,7
- Rückstellungen für Personalmaßnahmen	82,8	88,5
- Übrige	171,0	51,3
	1.282,9	1.148,9

Die Pensionsrückstellungen decken die Versorgungsverpflichtungen gegenüber ehemaligen und noch tätigen Mitarbeitern ab.

Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie werden nach § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB mit den zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Aktivwerte bei Rückdeckungsversicherungen.

Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	64,3	59,4
Beizulegender Zeitwert der Vermögenswerte	33,6	31,1
Nettowert der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen (Rückstellung)	30,7	28,3

Die Rückstellungen für Personalmaßnahmen betreffen im Wesentlichen Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersteilzeitregelungen.

Die übrigen sonstigen Rückstellungen beinhalten mit 107,2 Mio. € Zuführungen zu Rückstellungen für nicht auszuschließende Nachzahlungen im Rahmen eines EU-Beihilfeprüfverfahrens zur Teilbefreiung von der EEG-Umlage.

(7) Verbindlichkeiten

Mio. €	31.12.2013			31.12.2012		
	Insgesamt	Restlaufzeit		Insgesamt	Restlaufzeit	
		< 1 Jahr	> 5 Jahre		< 1 Jahr	> 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,9	0,0	2,7	2,9	0,0	2,7
Erhaltene Anzahlungen	2,2	2,2	-	0,0	0,0	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61,2	60,7	-	51,9	50,1	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	11,8	11,8	-	5,5	5,5	-
Sonstige Verbindlichkeiten	9,5	7,4	1,4	8,3	6,4	1,4
davon aus Steuern	(3,9)	(3,9)	(-)	(4,0)	(4,0)	(-)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(1,3)	(1,3)	(-)	(0,1)	(0,1)	(-)
	87,6	82,1	4,1	68,6	62,0	4,1

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen 9,3 Mio. € Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: 5,5 Mio. €).

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Vattenfall GmbH bestehen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €).

(8) Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten vor allem von der Vattenfall Europe Generation AG erhaltene Vorauszahlungen für Gipsdepots.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(9) Umsatzerlöse

Mio. €	2013	2012
Rohbraunkohle und Kohleprodukte	983,1	965,3
Sonstige	58,6	53,1
	1.041,7	1.018,4

(10) Bestandsveränderungen

Mio. €	2013	2012
Fertige und unfertige Erzeugnisse sowie unfertige Leistungen	-4,0	-1,5
Vorabraum	-11,3	24,4
	-15,3	22,9

(11) Sonstige betriebliche Erträge

Mio. €	2013	2012
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	37,0	13,3
Erträge aus Mieten und Pachten	4,7	4,7
Übrige Erträge	32,3	39,2
	74,0	57,2

(12) Materialaufwand

Mio. €	2013	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	75,1	71,2
Aufwendungen für bezogene Leistungen	321,3	302,8
	396,4	374,0

Von den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebstoffe entfällt der überwiegende Teil auf den Verbrauch von Lagermaterial für Tagebaugroßgeräte.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen vor allem Strombezüge für den Eigenverbrauch, Fremdleistungen für Instandhaltungsmaßnahmen, Transportleistungen.

(13) Personalaufwand

Mio. €	2013	2012
Löhne und Gehälter	256,5	251,0
Soziale Abgaben	58,9	58,6
Aufwendungen		
für Altersversorgung	6,1	6,1
für Unterstützung	0,5	0,5
	322,0	316,2

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	2013	2012
Gewerbliche Arbeitnehmer	3.163	3.164
Angestellte	1.477	1.438
	4.640	4.602

(14) Abschreibungen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen aus der Entwicklung des Anlagevermögens zu entnehmen.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €) vorgenommen, die auf Tagebauflächen entfallen.

(15) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio. €	2013	2012
Zuführung Rückstellung EEG	107,2	(-)
Zuführung bergbaubedingte Rückstellungen	94,8	68,8
Zuführung Rückstellungen Personalmaßnahmen	5,0	6,5
Serviceleistungen	52,2	47,1
Versicherungen	5,1	5,2
Übrige Aufwendungen	68,7	96,5
	333,0	224,1

Honorare des Abschlussprüfers

Für Tätigkeiten des Abschlussprüfers Ernst & Young GmbH Wirtschaftprüfungsgesellschaft wurden im Geschäftsjahr 166 T€ (Vorjahr: 165 T€) aufgewendet. Die Honorare entfallen mit 155 T€ (Vorjahr: 150 T€) auf Abschlussprüfungsleistungen und mit 11 T€ (Vorjahr: 15 T€) auf andere Bestätigungsleistungen.

(16) Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis betrifft Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen mit den verbundenen Unternehmen GMB GmbH (-2,1 Mio. €; Vorjahr: 0,5 Mio. €), und Transport- und Speditionsgesellschaft Schwarze Pumpe mbH (TSS GmbH) (-0,4 Mio. €; Vorjahr: 0,2 Mio. €).

(17) Zinsergebnis

Mio. €	2013	2012
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,1	0,8
davon aus verbundenen Unternehmen	(-)	(0,8)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,2	1,7
davon aus verbundenen Unternehmen	(7,6)	(1,5)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-44,1	-45,0
davon an verbundene Unternehmen	(-)	(-)
	-35,8	-42,5

Der Zinsanteil aus der Zuführung zu den Pensions- und Personalrückstellungen wird unter den „Zinsen und ähnlichen Aufwendungen" ausgewiesen. Im Geschäftsjahr handelt es sich um den Nettoaufwand nach Verrechnung mit Erträgen aus den Aktivwerten.

Im Geschäftsjahr wurden Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen (6,4 Mio. €; Vorjahr: 6,3 Mio. €) mit Erträgen aus den zugehörigen Aktivwerten verrechnet (1,2 Mio. €; Vorjahr: 1,1 Mio. €).

Aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen nach Verrechnung mit Erträgen aus Aktivwerten und aus der Aufzinsung von Steuer- und sonstigen Rückstellungen resultieren Aufwendungen von insgesamt 42,7 Mio. € (Vorjahr: 44,8 Mio. €).

(18) Steuern

Im Steueraufwand wurden wie im Vorjahr im Wesentlichen sonstige Steuern wie Strom- und Grundsteuern als auch Kfz-Steuern erfasst.

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

In der Kapitalflussrechnung sind die Zahlungsströme in Anlehnung an die Empfehlungen des DRS 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aufgeteilt.

Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit beruht mit 0,4 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) auf Einzahlungen aus Zinsen. Zinszahlungen beliefen sich auf 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €); Einzahlungen aus Ertragsteuern ergaben sich in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €).

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode setzt sich im Wesentlichen aus verzinslichen kurzfristigen Geldanlagen bei der Vattenfall GmbH in Höhe von 200,1 Mio. € sowie Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbeständen zusammen.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am 31. Dezember 2013 bestand ein Bestellobligo für Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 159,7 Mio. € (Vorjahr: 89,8 Mio. €), davon gegenüber verbundenen Unter-nehmen in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €).

Am 31. Dezember 2013 bestanden weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverhältnissen im Umfang von 0,2 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €).

Zwischen der VE Mining und den Tochterunternehmen TSS und GMB bestehen Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge. Diese Verträge verpflichten VE Mining, jeden, während der Vertragslaufzeit entstandenen Jahresfehlbetrag nach Maßgabe des § 302 AktG auszugleichen.

Haftungsverhältnisse

Für vertragliche Verpflichtungen einer Tochtergesellschaft gegenüber einem Dritten aus der Errichtung und dem Betrieb eines Heizkraftwerks haftet die VE Mining als Gesamtschuldner.

Die zugunsten der GMB eingegangenen Verpflichtungen waren nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch GMB voraussichtlich erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

Im Rahmen der in 2008 vollzogenen Abspaltung der administrativen Bereiche in eine eigenständige Gesellschaft haften die an der Spaltung beteiligten Rechtsträger für Verbindlichkeiten, die vor dem Wirksamwerden der Spaltung begründet worden sind, als Gesamtschuldner. Die Haftungsfristen gemäß § 133 UmwG betragen für den abgebenden Rechtsträger für Verbindlichkeiten 5 Jahre, für vor dem Wirksamwerden der Spaltung begründete Versorgungsverpflichtungen aufgrund des Betriebsrentengesetzes 10 Jahre. Die an der Spaltung beteiligten Rechtsträger werden Verpflichtungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung voraussichtlich erfüllen können. Daher ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen.

Geschäfte größeren Umfangs nach § 6b Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Geschäfte größeren Umfangs nach § 6b Abs. 2 EnWG liegen nicht vor.

Angabe nach § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Die Vattenfall GmbH hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr sowohl unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien der Vattenfall Europe Mining AG als auch unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der Gesellschaft i. S. d. § 16 Abs. 1 AktG gehört.

Angaben zu den Organen der Gesellschaft

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind in einer gesonderten Übersicht als Anlage zum Anhang dargestellt.

Die Aufwendungen für Bezüge des Vorstands beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €). Sie bestehen aus Fixum, erfolgsbezogener Vergütung und sonstigen erfolgs-unabhängigen Bezügen.

Die Bezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betrugen 1,4 Mio. € (Vorjahr: 1,4 Mio. €). Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis beliefen sich am Bilanzstichtag 2013 auf 12,1 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €).

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Vattenfall Europe Mining AG haben für ihre Tätigkeit 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) erhalten.

Cottbus, 7. Februar 2014

Vorstand der Vattenfall Europe Mining AG

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

VERTRETER DER ANTEILSEIGNER

Tuomo Hatakka

Vorsitzender
Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH

Kerstin Ahlfont

(bis 31.10.2013)
Vattenfall
Vice President Finance, Vattenfall AB

Prof. Dr. Kurt Häge

ehem. Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe AG

Catrin Jung-Draschil

(seit 31.01.2014)
Head of Business Strategy, Vattenfall GmbH

Klaus-Dieter Licht

ehem. Vorsitzender des Vorstands der InvestitionsBank des Landes Brandenburg

Dr. Rolf Linkohr

ehem. Mitglied des Europäischen Parlaments

Joachim Lubitz

ehem. Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe AG

Dr. Martin Martiny

(† 14.11.2013)
ehem. Mitglied des Vorstands der Vattenfall Europe AG

Torsten Meyer

Arbeitsdirektor der Vattenfall GmbH

Reinhard Schultz

Geschäftsführender Gesellschafter Schultz Projekt Consult

Rainer Schulze

(seit 18.02.2013)
Vattenfall Vice President Human Resources, Vattenfall GmbH

Peter Smink

(seit 08.11.2013)

Vattenfall Vice President Finance, N.V. Nuon Energy

ARBEITNEHMERVERTRETER:

Ulrich Freese

Stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des Deutschen Bundestages

Petra Adolph

Gewerkschaftssekretärin Vorstandsbereich 3 der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Steffen Erbe

Betriebsratsvorsitzender Tagebaue Jänschwalde/Cottbus-Nord der Vattenfall Europe Mining AG

Martina Gregor-Ness

Mitglied des Brandenburgischen Landtages

Ralf Hermwapelhorst

ehem. Bezirksleiter Cottbus der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Christian Hülsmeier

Abteilungsleiter Medien + Kommunikation der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

Alexander Krauß

Mitglied des Sächsischen Landtages

Silke Rudolf

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Tagebaue Nochten/Reichwalde der Vattenfall Europe Mining AG

Rüdiger Siebers

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der Vattenfall Europe Mining AG

Uwe Teubner

Betriebsratsvorsitzender Technischer Service Tagebaue der Vattenfall Europe Mining AG

NEUTRALES AUFSICHTSRATSMITGLIED:

Dr. Burkhard Dreher

ehem. Mitglied des Vorstands der VEW AG

Vorstand

Dr. Hartmuth Zeiß

Vorsitzender

Uwe Grosser

(seit 01.01.2014)
Ressort Bergbau

Hubertus Altmann

Ressort Kraftwerke

Klaus Aha

Ressort
Finanzen/Services

**Michael von
Bronk**

Ressort Personal

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Vattenfall Europe Mining AG, Cottbus, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender

Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Berlin, 7. Februar 2014

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Glöckner, Wirtschaftsprüfer

Zeidler, Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2013 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand bei der Führung der Gesellschaft überwacht bzw. beratend begleitet.

Auf der Grundlage der schriftlichen Quartalsberichte und der mündlichen Berichte des Vorstandes zu den Aufsichtsratssitzungen wurde der Aufsichtsrat regelmäßig und umfassend über die Lage des Unternehmens unterrichtet. Darin eingeschlossen waren die wesentlichen geschäftlichen Vorgänge und Vorhaben, die strategische Ausrichtung sowie grundsätzlichen Fragen der Unternehmenspolitik. Alle Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, wurden durch den Vorstand vorgestellt und durch den Aufsichtsrat entschieden.

Im Vordergrund der drei Aufsichtsratssitzungen stand die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, die Billigung des Jahresabschlusses 2012 sowie die Wirtschafts- und Investitionsplanung 2014 mit einem Ausblick bis 2016. Weitere Schwerpunkte waren ausführliche Berichte zur Personalentwicklung, zum Stand der laufenden Investitionen sowie zum Status der Tagebauplanungen und Genehmigungen.

Ferner wurde der Aufsichtsrat regelmäßig zum Stand der Effizienzprojekte OpEx, moVE und KVP sowie über die aktuelle Entwicklung der energiepolitischen Rahmenbedingungen und die sich daraus für das Unternehmen möglicherweise ergebenden Konsequenzen unterrichtet.

Der Aufsichtsratsvorsitzende und sein Stellvertreter standen auch außerhalb der Sitzungen des Aufsichtsrates in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden. Sie wurden hierbei zu wichtigen Vorgängen und bevorstehenden Entscheidungen des Vorstandes informiert.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat haben sich zusätzlich in Gesprächen und in einer Klausurberatung gemeinsam mit dem Vorstand mit der wirtschaftlichen Lage und wesentlichen Geschäftsvorgängen des Unternehmens ausführlich befasst.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 wurde in der Hauptversammlung am 12. März 2013 die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, bestellt.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 sind vom Abschlussprüfer unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. In die Prüfung wurde auch das Risikomanagementsystem einbezogen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht, der Bericht des Aufsichtsrates sowie der Prüfbericht des Abschlussprüfers wurden allen Mitgliedern rechtzeitig vor der Aufsichtsratssitzung am 6. März 2014 übergeben.

Sie sind in der Sitzung ausführlich und umfassend erörtert worden. Die Abschlussprüfer haben an dieser Beratung des Aufsichtsrates teilgenommen, über die Ergebnisse der Prüfung informiert und standen für ergänzende Erläuterungen zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung wurden keine Einwendungen erhoben. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 gebilligt, der damit festgestellt ist.

Am 14. November 2013 ist das langjährige Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Dr. Martin Martiny, verstorben. Sein aktives Wirken im Aufsichtsrat sowie sein früheres Engagement als Arbeitsdirektor in der VEAG, Vereinigte Energiewerke AG, und später der Vattenfall Europe AG zum Wohle der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren beispielgebend.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2013.

Cottbus, 6. März 2014

Der Aufsichtsrat

Tuomo Hatakka, Vorsitzender